



Geschäftsprüfungskommission
Cummissiun da gestiun
Commissione di gestione

BUDGET DES KANTONS GRAUBÜNDEN FÜR DAS JAHR 2006

BERICHT UND ANTRÄGE DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION (GPK) AN DEN GROSSEN RAT

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Den von der Regierung für das Jahr 2006 ausgearbeiteten Budgetentwurf haben wir im Sinne von Art. 16 des Reglements für die GPK vom 26. September 1994 geprüft. Die Gesamtkommission liess sich durch die FMD-Vorsteherin über das Ergebnis des Budgetentwurfs der Regierung orientieren. Zur Vorbereitung verfügten alle GPK-Mitglieder über die Probeabzüge des Berichts der Regierung an den Grossen Rat zum Budget 2006, der Einzelheiten zum Budget, der Verwaltungsrechnung und der GRiforma-Globalbudgets. Des Weiteren stand der GPK der regierungsrätliche GRiforma-Controlling-Bericht per 31.8.2005 (30.6.05/ 31.7.05) zur Verfügung.

A. Allgemeines zum Prüfungsvorgehen

Seit dem 1.1.2005 hat die GPK bekanntlich ihre Arbeitsorganisation nicht mehr in erster Linie auf thematische Prüfungsbereiche, sondern auf die Strukturen der Verwaltung ausgerichtet. Die Vorbehandlung des Budgets 2006 erfolgte demnach erstmals departementsspezifisch durch die entsprechenden Ausschüsse. Die verschiedenen Ausschüsse nahmen unter Bezug des GPK-Sekretariates und der Finanzverwaltung Einsicht in einzelne Budget-Detailakten und orientierten sich über die finanzielle Entwicklung und wesentlichen Veränderungen und auch über die im Budget 2006 umgesetzten Massnahmen im Zusammenhang mit der Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts. Für das Vollzugscontrolling der Sanierungsmassnahmen standen wiederum von der Finanzverwaltung aufgearbeitete Listen mit den umgesetzten Sparmassnahmen im Budget 2006 zur Verfügung. Für die Beantwortung von offenen Fragen betreffend Umsetzung der Sparmassnahmen wurde die Finanzverwaltung um weitere Informationen gebeten. Zudem holten die verschiedenen Ausschüsse ergänzende Auskünfte ein und beauftragten die Finanzverwaltung und das GPK-Sekretariat mit näheren Abklärungen zuhanden der Gesamtkommission.

Die GPK-Geschäftsleitung, bestehend aus dem Präsidenten und den Vorsitzenden der vier Ausschüsse, hat das Budget 2006 als Ganzes, den Personalbereich und insbesondere den Entwurf des Budgetberichtes der Regierung und die übrigen im Bericht der Regierung enthaltenen Anträge vorbehandelt.

Die Gesamtkommission hat die Anträge und die offenen Fragen der verschiedenen Ausschüsse und der Geschäftsleitung beraten. Über die wesentlichen Feststellungen und Anträge zum Budget 2006 führte die Gesamtkommission im Folgenden Aussprachen mit allen Departementsvorstehenden und mit der GRiforma-Projektleiterin durch. Zu einzelnen Positionen erhielt die GPK nachträglich schriftliche Stellungnahmen.

B. Übersicht und Beurteilung der Ergebnisse im Budget 2006

Das von der Finanzverwaltung aufgrund der Eingaben der Departemente aufbereitete Rohbudget wies in der Laufenden Rechnung einen Ertragsüberschuss von 29,5 Mio. Franken aus. Während den bilateralen Budgetberatungen von Mitte August 2005 konnten die Kreditanträge der Departemente und Richterlichen Behörden um insgesamt 16,1 Mio. Franken verbessert werden. Der budgetierte Ertragsüberschuss konnte damit auf 45,6 Mio. Franken erhöht werden. In diesem Ergebnis berücksichtigt sind die zusätzlichen bzw. vollständigen Abschreibungen der im Kantonseigentum stehenden Liegenschaften der Psychiatrischen Dienste Graubünden (PDGR) in der Höhe von rund 30 Mio. Franken.

Das ausgewiesene Ergebnis wird von der GPK als sehr erfreulich beurteilt. Das gute Budgetergebnis 2006 ist vor allem die Folge der konsequenten Umsetzung der Struktur- und Sanierungsmassnahmen sowie der Aufträge Feltscher, der relativ hohen Kantonssteuererträge (aufgrund des erst im Jahr 2007 notwendigen Ausgleichs der kalten Progression), des hohen Anteils am Reingewinn der Graubündner Kantonalbank (GKB), der berücksichtigten Verwendung des ausserordentlichen Ertrages der SNB, der Reduktion der kantonalen Finanzkraft von 63 auf 58 Punkten und der strikten Einhaltung der Vorgaben aus dem Regierungsprogramm und dem Finanzplan. Die GPK wurde zudem an der Budgetaussprache mit der FMD-Vorsteherin darüber informiert, dass die GKB im September 2005 entschieden habe, im ersten Quartal 2006 Dotationskapital im Umfang von nominell 20 Mio. Franken an den Kanton zurückzuzahlen. Zusammen mit dieser Rückzahlung erfolgt eine Agio-Zahlung von ca. 100 Mio. Franken. Im Hinblick auf die konkreten Auswirkungen dieses anstehenden Geschäftes sind gemäss FMD-Vorsteherin verschiedene Punkte noch zu klären, weshalb die Dotationsrückzahlung wie auch die damit verbundene Agio-Zahlung im Budget 2006 noch nicht enthalten ist. Zudem handelt es sich um ausserordentliche Finanzerträge, welche für Sonderprojekte genutzt werden sollen.

Die GPK nimmt im Weiteren mit Befriedigung zur Kenntnis, dass alle finanzpolitischen Ziele eingehalten werden können. Die finanzielle Situation des Kantons Graubünden hat sich weiter verbessert, so zeigt auch der Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2010 relativ gute Perspektiven. Für die GPK stellt sich dabei allerdings die Frage, ob die Finanzplanzahlen nicht allzu optimistisch ausgefallen sind. In diesem Zusammenhang seien insbesondere die Unsicherheiten mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) erwähnt, welche voraussichtlich auf den 1.1.2008 in Kraft treten wird.

Die Regierung hält in ihrem Bericht an den Grossen Rat zum Budget 2006 Folgendes fest: "Um die Einnahmehausfälle aufgrund der geplanten steuerlichen Entlastung von Familien und Unternehmen im Kanton zu verkraften, muss ausreichend Eigenkapital aufgebaut werden können. Das Budget 2006 darf daher nicht Anlass zur Lockerung der Ausgabendisziplin geben". Die GPK unterstützt grundsätzlich diese von der Regierung geäusserte Absicht. Allerdings möchte die GPK darauf hinweisen, dass das ausgewiesene Eigenkapital mit Vorsicht zu beurteilen ist, da sich verschiedene Bewertungs- und Abgrenzungsfragen stellen. Wie bereits im GPK-Tätigkeitsbericht 2004/05 erwähnt, beschäftigt sich die GPK seit einiger Zeit intensiv mit solchen Bewertungs- und Abgrenzungsfragen. So hat die GPK u.a. von der Regierung mit Protokoll-Auszug vom 18.8.2005 – in Anlehnung an das Beispiel des Kantons Zürich – eine Zusammenstellung über das effektive Eigenkapital des Kantons Graubünden gewünscht.

Die GPK hat sich im Weiteren vertieft mit den Beitragspositionen an verselbständigte Institutionen auseinander gesetzt. Auch wenn bei der Behandlung des Budgets 2006 mehr und bessere Informationen vorhanden waren als noch im Vorjahr, ist eine Beurteilung dieser Bei-

tragspositionen nach wie vor mit Schwierigkeiten verbunden. Problematisch ist insbesondere auch die fehlende Vergleichbarkeit. Die GPK gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass in diesem Bereich weitere Verbesserungen gemacht werden, wie beispielsweise eine Vereinheitlichung im Bereich Rückstellungen bzw. Rücklagen bei den verselbständigten Institutionen.

Die GPK nimmt vom Strassenbauprogramm für die Jahre 2007 – 2008 Kenntnis. Wie im Bericht der Regierung an den Grossen Rat zum Budget 2006 festgehalten, ist die Erstellung – und demnach auch die Beurteilung - von zuverlässigen Strassenbauprogrammen für die Periode 2007 – 2008 äusserst schwierig, da auf den 1.1.2008 der NFA in Kraft treten soll. Davon betroffen ist sowohl die Planung der Nationalstrassenprojekte als auch die Planung des Hauptstrassenausbaus, bei welchen die Umsetzung des NFA-Beschlusses noch nicht konkretisiert ist.

Naturgemäss sind im Budget 2006 noch verschiedene Positionen mit wesentlichen Unsicherheiten behaftet. Es kann nicht Aufgabe der GPK sein, Ihrem Rat Korrekturen von verschiedenen Budgetpositionen zur Anpassung an den neusten Kenntnisstand zu unterbreiten. Hingegen wurden der GPK im Zusammenhang mit dem im August 2005 im Grossen Rat überwiesenen Kommissionsauftrag der Kommission für Gesundheit und Soziales betreffend Krebsregister und mit dem ebenfalls in der August-Session 2005 gutgeheissenen Auftrag Perl betreffend Landeslotteriemittel zugunsten des Sport-Fonds vom Gesundheitsamt bzw. vom EKUD Anpassungen unterbreitet. Die GPK beantragt nach vorgenommener Prüfung die Annahme dieser Anträge. Zudem beantragt die GPK aufgrund der aktuellen Informationslage eine weitere gezielte Änderung im Budget 2006. Für die konkreten Anträge und deren Begründung verweisen wir auf die Beilage.

C. Verwendung des Kantonsanteils am Golderlös der SNB

Der auf den Kanton Graubünden entfallende Anteil von 436,2 Mio. Franken am Golderlös der SNB soll in der Rechnung 2005 in einem separaten Konto unter der Rechnungsruhrubrik 5112 „Anteile an Erträgen und Steuern des Bundes“ in der Laufenden Rechnung – gemäss den Bestimmungen des kantonalen Finanzhaushaltsrechtes, welches sich nach dem Harmonisierten Rechnungsmodell (HRM) ausrichten - erfasst werden. Dieser – im Budget 2005 nicht berücksichtigte – ausserordentliche Ertrag würde ohne zusätzliche Dispositionen zu einem entsprechend höheren Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2005 führen. Um einen sofortigen und nachhaltigen Abbau der Verschuldung im Umfang des erhaltenen Erlöses aus dem SNB-Gold sicherzustellen, sollen zulasten der Rechnung 2005 die Pensionskassenschuld, die Strassenschuld und die aktivierten Investitionsbeiträge abgeschrieben werden.

Anlässlich der Behandlung der CVP-Fraktionsanfrage betreffend die strategischen Absichten der Regierung zur Verwendung der ausserordentlichen Erträge aus der SNB-Vergütung und der GKB-Agio-Auszahlung wurde die Stossrichtung der Regierung, wonach die Mittel aus dem SNB-Gold für den Schuldenabbau verwendet werden sollen, mehrheitlich unterstützt. Dadurch wird die Laufende Rechnung in den Folgejahren insbesondere bei den Abschreibungen entlastet, was für steuerliche Erleichterungen genutzt werden soll. Demgegenüber sollen die ausserordentlichen Finanzerträge aus der in Aussicht stehenden Rückzahlungen von Dotationskapital der Graubündner Kantonalbank (GKB) für die Finanzierung von innovativen Projekten eingesetzt werden. Das zeitliche wie auch das inhaltliche Vorgehen der Regierung bei der Verwendung des SNB-Goldertrages beurteilt die GPK als richtig und angemessen.

D. GRiforma

Der Grosse Rat hat in der August-Session 2003 anlässlich der Beratung der Botschaft über den weiteren Verlauf der Verwaltungsreform GRiforma den Beschluss gefasst, die Pilotversuchsphase von GRiforma um drei Jahre im Rahmen der verfügbaren Mittel zu verlängern.

Im Hinblick auf die Fortführung des Projektes hat der Grosse Rat der GRiforma-Projektleitung zudem für diese 2. Projektphase verschiedene Aufträge erteilt. Unter anderem soll die Frage beantwortet werden, wie das Zusammenwirken der integrierten Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) mit GRiforma im Hinblick auf das Budgetverfahren umgesetzt werden kann. Die Ergebnisse sollen danach in die Erarbeitung der Botschaft und die Planung des weiteren Vorgehens einfließen. Mit der Berichterstattung der Regierung zuhanden des Grossen Rates (voraussichtlich im Oktober 2006) werden gemäss GRiforma-Projektleitung umfassende und fundierte Konzepte vorgelegt, damit ein zukunftsgerichteter Entscheid über den weiteren Verlauf der Reform möglich ist. Der ebenfalls vorgesehene IAFP soll dabei für die GPK und den Grossen Rat die Transparenz in Bezug auf die mittelfristige Mittelverwendung erhöhen.

Die GPK hat, wie bereits erwähnt, auch mit der GRiforma-Projektleiterin eine Aussprache durchgeführt. Gemäss GRiforma-Projektleiterin ermöglichen es die Globalbudgets dem Grossen Rat, sich auf grössere Veränderungen und grundsätzliche Entscheide zu konzentrieren. Seine Tätigkeit würde wesentlich und erfährt eine stärkere politische und strategische Ausrichtung. Der Geschäftsprüfungskommission stehen über das Globalbudget hinaus nach wie vor weitere, detailliertere Informationen – bis hin zu Informationen über die einzelnen Kontenpositionen - zur Verfügung, damit sie ihren Auftrag erfüllen kann. Demgegenüber bieten sich der Verwaltung im Rahmen des Globalbudgets mehr Freiräume. Nach wie vor eingeschränkt dadurch, dass die Beiträge der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung nicht im Globalbudget integriert werden sollen, sondern weiterhin als Einzelpositionen budgetiert werden. Gemäss GRiforma-Projektleiterin soll das Globalbudget dazu beitragen, Transparenz zu schaffen, Kostenbewusstsein und unternehmerisches Verhalten zu fördern und den Führungskräften zeitnahe Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Als Kontrollinstrumente werden auch in Zukunft die bisherigen Hilfsmittel und dann neu der IAFP, verschiedene Kenn- und Vergleichszahlen, eine Kostenrechnung und eine Leistungserfassung zur Verfügung stehen.

Für die GPK bleibt die Kernfrage bzw. die Kernproblematik bestehen, mit welchen Kontrollsystemen der Grosse Rat bzw. die GPK die GRiforma-Ämter künftig überwachen bzw. steuern soll. Nach Ansicht der GPK braucht es griffige und aussagekräftige Instrumente, die dem Grossen Rat bzw. der GPK erlauben, ihre Überwachungsaufgaben wahrzunehmen. Die GPK bedauert, dass sie die mit der flächendeckenden Einführung von GRiforma geplanten zusätzlichen Kontrollinstrumente nicht versuchsweise anwenden und damit auch nicht deren Wirksamkeit prüfen konnte. Die GPK vertritt überdies die Auffassung, dass bei einer flächendeckenden Umsetzung von GRiforma die Gefahr besteht, dass eine Budgetprüfung insbesondere aus zeitlichen Gründen nicht mehr im gleichen Umfang und in der gleichen Tiefe möglich sein wird. In diesem Zusammenhang wird auf den GRiforma-Planungsbericht 2006 verwiesen, in dem angekündigt wird, dass bei einer flächendeckenden Einführung die heutige GRiforma-Berichterstattung gestrafft werden müsste, was die Beurteilung noch zusätzlich erschweren würde. Die in der Aussprache mit der GRiforma-Projektleiterin diskutierten zusätzlichen Unterlagen und Kontrollinstrumente müssen so ausgestaltet sein, dass sie noch miliztauglich sind bzw. mit vernünftigem zeitlichem Aufwand bewältigt werden können.

E. Massnahmenprogramm zur Haushaltsanierung

Gemäss Regierungsbeschluss vom 27.9.2005 (RB Prot.Nr. 1190) werden im Budget 2006 die von der Regierung und vom Grossen Rat beschlossenen 220 Massnahmen aufgrund der Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts (SLSK) insgesamt vorgabekonform umgesetzt. Sie führen – zusammen mit dem zusätzlichen Stellenabbau aufgrund der Aufträge Feltscher - zu einer Entlastung in der Laufenden Rechnung des Jahres 2006 von 94,5 Mio. Franken und einer Reduktion der Nettoinvestitionen um 36,7 Mio. Franken. Dadurch werden die Vorgaben in der Laufenden Rechnung um 1,5 Mio. Franken unterschritten. Diese Zielverfehlung wird durch höhere Entlastungen in der Investitionsrechnung von 2,7 Mio. Franken vollständig kompensiert. Die GPK nimmt mit Befriedigung von der konsequenten Umsetzung des Massnahmenpaktes zur Haushaltssanierung Kenntnis.

F. Personalaufwand, Stellenplan 2006 und Aushilfskredit 2006

Die GPK-Geschäftsleitung hat anlässlich der Vorberatung des Budgets 2006 mit Vertretern des Personalamtes (POA) eine Aussprache durchgeführt, bei welcher die Entwicklung der Stellenstopp-Richtzahl, die Stellenentwicklung nach Kreditpositionen zwischen dem Budget 2005 und dem Budget 2006 sowie der Aushilfskredit 2006 zur Sprache kamen.

Die Umsetzung der Aufträge Feltscher I und II führt insgesamt zu 69,5 Stellenstreichungen (gefordert waren 70 Stellen). Davon betroffen sind 52 Stellenplanstellen und 17,5 Aushilfsstellen. Dafür wurde die Vorgabe gemäss Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts (SLSK) übertroffen. Aufgrund der Umsetzung SLSK und der Aufträge Feltscher (im Budget 2006 sind 37,05 Stellenstreichungen geplant) aber auch aufgrund von Verselbständigungen und Auslagerungen (Frauenspital Fontana: 149 Stellen; Pädagogische Fachhochschule: 40,9 Stellen) nimmt die Stellenstopp-Richtzahl per 2006 auf 2'126 Stellen ab, wovon 2'114,4 Stellen budgetwirksam sind. Im Jahr 2006 werden 0,6 Stellen bei der Kantonspolizei geschaffen. Diese stehen im Zusammenhang mit der Übernahme von gemeindepolizeilichen Aufgaben durch die Kantonspolizei. Der Stellenpool der Regierung reduziert sich im Jahr 2006 im Rahmen der Umsetzung der Aufträge Feltscher um 5 Stellen auf 3,5 Stellen. Dabei stellt sich für die GPK die Frage, ob ein Stellenpool in diesem Umfang überhaupt noch Sinn macht. Gemäss POA führt der Stellenpool zu einer erhöhten Flexibilität und ist demnach wertvoll.

Die GPK nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass sich der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahresbudget um 26,6 Mio. Franken reduziert hat. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Mehraufwendungen von 5 Mio. Franken und Minderaufwendungen von 31,6 Mio. Franken. Von diesen Minderaufwendungen entfallen allerdings 13,8 Mio. auf die Überführung des Frauenspitals Fontana in die Stiftung Kantonsspital Graubünden und 8,5 Mio. Franken auf die Verselbständigung der Pädagogischen Fachhochschule. Die GPK nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Vorgaben des Grossen Rates grösstenteils umgesetzt worden sind bzw. deren Umsetzung geplant ist. Auch hat sich die GPK-Geschäftsleitung vertieft mit dem Aushilfskredit 2006 auseinander gesetzt. Für die verschiedenen Anpassungen bzw. Erhöhungen im Aushilfskredit sind nachvollziehbare Begründungen vorhanden.

G. Spitalfinanzierung

Die GPK hat die Ausführungen über die Festlegung der Werte und Kredite für die Betriebsbeiträge 2006 an die Spitäler im Kanton Graubünden vorgeprüft. Für die GPK hat sich dabei die Frage gestellt, aus welchen Gründen der CMI 2004, welcher die Basis für das Budget 2006 darstellt, gegenüber dem Vorjahr von 1.00546 auf 0.80600 sinkt. Was wiederum dazu führt, dass der standardisierte Fallaufwand stark ansteigt. Der JPSPD-Vorsteher führte dazu anlässlich der Aussprache mit der GPK aus, dass dies mit der Verwendung einer neuen realistischen Version der Kostengewichte zusammenhänge, was zu einer ca. 20%-igen Reduktion des CMI gegenüber dem Vorjahr führe.

Im Vorjahresbudget wurde der standardisierte Fallaufwand in einem weiteren Zwischenschritt (Budget 2005 S. A90) in dem Umfang reduziert, dass im Beitrag an die subventionierten Spitäler für medizinische Leistungen 6 Mio. Franken eingespart wurden. Ein analoger Einbezug bzw. eine entsprechende Reduktion des standardisierten Fallaufwandes fehlt im Budget 2006. Gemäss den Ausführungen des JPSPD-Vorstehers sind die Einsparungen bereits im Jahr 2005 erfolgt. Da das Budget 2006 auf der Grundlage des Budgets 2005 erstellt wurde, sei diese Sparmassnahme auch im Jahr 2006 erfüllt. Zum Nachweis der Umsetzung der Sparvorgaben eigne sich nur der Vergleich Budget 2005 mit Budget 2006. Der Ist-Fallaufwand 2004 enthalte die Sparmassnahmen bereits zum grossen Teil, weshalb der für das Budget 2005 erfolgte Abzug zur Umsetzung der Sparmassnahmen nicht noch einmal getätigt werden dürfe.

Die Berechnung bzw. die Festlegung der Werte und Kredite für die Betriebsbeiträge 2006 an die Spitäler im Kanton Graubünden ist für die GPK schwierig nachvollziehbar, dies insbesondere auch aufgrund des „Systemwechsels“ bei der Berechnung des CMI und beim Einbezug der Sparmassnahmen. Die GPK erwartet, dass bei der Behandlung des Budgets 2007 aufgrund der Erfahrungswerte der definitiven Rechnung 2005 aussagekräftigere und nachvollziehbarere Informationen zur Verfügung stehen.

H. Anträge

Gestützt auf die Prüfungen und Abklärungen beantragt die GPK dem Grossen Rat:

- 1. Den kantonalen Anteil am Erlös aus dem Verkauf Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank im Jahr 2005 gemäss Antrag der Regierung zu verwenden.**
(gemäss Ziffer 2 der Anträge der Regierung, Seite A 135 ihres Berichtes)
- 2. Auf das Budget für das Jahr 2006 einzutreten.**
(gemäss Ziffer 3 der Anträge der Regierung, Seite A 135 ihres Berichtes)
- 3. Der Festlegung der ordentlichen Beiträge aus allgemeinen Staatsmitteln an die Strassenrechnung gemäss Antrag der Regierung zuzustimmen.**
(gemäss Ziffer 4 der Anträge der Regierung, Seite A 135 ihres Berichtes)
- 4. Den Verpflichtungskredit zu genehmigen.**
(gemäss Ziffer 5 der Anträge der Regierung, Seite A 135 ihres Berichtes)
- 5. Die Werte und Kredite für die Betriebsbeiträge 2006 an die Spitäler im Kanton Graubünden gemäss Antrag der Regierung festzulegen.**
(gemäss Ziffer 6 der Anträge der Regierung, Seite A 135 / A 136 ihres Berichtes)
- 6. Der Festsetzung des Kantonalen Steuerfusses 2006 gemäss Antrag der Regierung zuzustimmen.**
(gemäss Ziffer 7 der Anträge der Regierung, Seite A 136 ihres Berichtes)
- 7. Der Festlegung des Steuerfusses und der Beiträge für den interkommunalen Finanzausgleich gemäss Antrag der Regierung zuzustimmen.**
(gemäss Ziffer 8 der Anträge der Regierung, Seite A 136 ihres Berichtes)
- 8. Der Festlegung der Quellensteuerfüsse für das Jahr 2006 gemäss Antrag der Regierung zuzustimmen.**
(gemäss Ziffer 9 der Anträge der Regierung, Seite A 136 ihres Berichtes)
- 9. Der Abschreibung der Aufträge Feltscher betreffend den zusätzlichen Stellenabbau in der kantonalen Verwaltung vom Juni 2003 (Kommissionsauftrag, Feltscher I) sowie betreffend konkrete Vorgaben im Stellenabbau der engeren kantonalen Verwaltung vom April 2004 (Feltscher II) gemäss Antrag der Regierung zuzustimmen.**
(gemäss Ziffer 10 der Anträge der Regierung, Seite A 136 ihres Berichtes)
- 10. Vom Strassenbauprogramm für die Jahre 2007-2008 Kenntnis zu nehmen.**
(gemäss Ziffer 11 der Anträge der Regierung, Seite A 136 ihres Berichtes)
- 11. Die Planungsberichte 2006 der acht GRiforma-Pilotdienststellen und der Asylorganisation zu genehmigen.**
(im Sinne einer Präzisierung von Ziffer 12 der Anträge der Regierung, Seite A 136 ihres Berichtes, soll auch der separate Planungsbericht 2006 der Asylorganisation genehmigt werden, da die Asylorganisation ab dem 1.1.2006 nicht mehr im Sozialamt enthalten sein wird)
- 12. Das kantonale Budget für das Jahr 2006 mit den Änderungen der GPK gemäss Beilage gegenüber dem Antrag der Regierung zu genehmigen.**

Chur, 17. November 2005

Für die Geschäftsprüfungskommission

Der Präsident:

Der Sekretär:

Johannes Pfenninger

Johannes Hummel

ABÄNDERUNGSANTRÄGE DER GPK ZUM BUDGET 2006 GEMÄSS BOTSCHAFT DER REGIERUNG**(+ = Verbesserungen; ./ = Verschlechterungen)****LAUFENDE RECHNUNG****ERTRAGSÜBERSCHUSS VOR ÄNDERUNGEN** **Fr. 45'555'000****1** **Gesetzgebende Behörde, Regierung und
Allgemeine Verwaltung****1202** **Drucksachen- und Materialzentrale**
.4353 **Verwaltungskostenentschädigung der Dienststellen**

von Fr. 648'000 auf Fr. 718'000 um Fr. 70'000 +

*Begründung:**Auf eine entsprechende Anfrage der GPK hin, führte die Regierungspräsidentin an der Budget-Aussprache mit der GPK aus, dass die erwähnten Erträge im 2006 zu vorsichtig budgetiert wurden. Entsprechend kann Position 1202.4353 um Fr. 70'000 erhöht werden.***3** **Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement****3212** **Gesundheitsamt**
.365060 **Beitrag an andere Institutionen des Gesundheitswesens**

von Fr. 55'000 auf Fr. 115'000 um Fr. 60'000 ./

*Begründung:**Nachdem der Grosse Rat in der August-Session 2005 den Auftrag der Kommission für Gesundheit und Soziales betreffend Krebsregister im Sinne der Kommission überwiesen hat, muss der entsprechende Beitrag zur Führung des Krebsregisters ins Budget 2006 aufgenommen werden.***4** **Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement****4271** **Landeslotterie - Spezialfinanzierung**
.3860 **Einlage in Sportfonds**

von Fr. 1'320'000 auf Fr. 2'268'000 um Fr. 948'000 ./

.4690 **Anteil am Reingewinn der Landeslotterie**

von Fr. 6'000'000 auf Fr. 8'400'000 um Fr. 2'400'000 +

.4800 **Entnahme aus Bestandeskonto der Spezialfinanzierung**

von Fr. 1'748'000 auf Fr. 296'000 um Fr. 1'452'000 ./

Begründung:

Der Grosse Rat hat in der August-Session 2005 den Auftrag Perl gutgeheissen und der Regierung zur Umsetzung überwiesen. Danach soll der Anteil des Sport-Fonds am jährlichen Kantonsanteil des Reingewinns der interkantonalen Landeslotterie voll ausgeschöpft, also von 22% auf 27% erhöht werden. Aufgrund der aktuellen Informationen sind für die Umsetzung des Beschlusses des Grossen Rates (27% Sportfonds und 73% LaLo-Spezialfinanzierung) die vorerwähnten Budgetkorrekturen nötig.

Total Verbesserung Laufende Rechnung	+	Fr.	2'470'000
Total Verschlechterung Laufende Rechnung	.J.	Fr.	2'460'000
NETTOVERBESSERUNG LAUFENDE RECHNUNG	+	Fr.	10'000
ERTRAGSÜBERSCHUSS NACH ÄNDERUNGEN		Fr.	45'565'000

INVESTITIONSRECHNUNG

Keine Änderungsanträge

GRIFORMA-PLANUNGSBERICHTE

Keine Änderungsanträge